

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

Betreff

wie umstehend

Chiemseehof

(0662) 80 42 Durchwahl

Datum

2285
GESETZENWEG
ZI 27 -GE'9 90
Datum: 29. MRZ. 1990
Verteilt 30.3.90 Graz

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landeregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landeregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Hueber
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

☒ Postfach 527, A-5010 Salzburg ☒ (0662) 8042-2160 ☒ 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Chiemseehof

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

Datum

0/1-625/170-1990 VZ miterl.

2285/Dr. Leitner

26.3.1990

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ausländerbeschäfti-
gungsgesetz geändert wird; Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 35.401/3-2/90

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Die Aufnahme zusätzlicher Straftatbestände im § 28 Abs. 1 des
Entwurfes wird für die Länder ohne Zweifel einen erheblichen
zusätzlichen Personal- und Sachaufwand mit sich bringen, da
eine starke Zunahme der Zahl der von den Bezirksverwaltungs-
behörden durchzuführenden Strafverfahren zu erwarten ist. Daher
muß vom Bund die volle Abgeltung des dem Land entstehenden
zusätzlichen Aufwandes gefordert werden.

Unabhängig vom vorliegenden Entwurf wird vorgeschlagen, in die
Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes Regelungen
aufzunehmen, die eine befristete Aufenthalts- und Arbeitsbe-
willigung für Dienstnehmer im Fremdenverkehrsgewerbe, allen-
falls auch im Baugewerbe, vorsehen. Durch eine zeitlich be-
fristete Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung für Dienstnehmer
vor allem im Fremdenverkehrsgewerbe könnte eine Entspannung des
Arbeitsmarktes in diesem Bereich erreicht werden.

- 2 -

Die Bundesländer Tirol, Vorarlberg und Salzburg haben bereits eine Arbeitsgruppe auf Beamtenebene eingesetzt, die Vorschläge zur näheren Regelung zeitlich befristeter Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen für ausländische Dienstnehmer in Saisonbetrieben erarbeiten soll.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber

Landesamtsdirektor